DDR unter folgenden Gesichtspunkten untersucht werden: In ihrer politischen Funktion als Legitimationsinstrument; die Funktionalisierung der Medien und ihre ideologische Instrumentalisierung unter dem Diktat der Politik; herrschendes Bewußtsein als Bewußtsein der Herrschenden; und Herrschaftstechniken von Manipulation und Mobilisierung aus ideologiekritischer Sicht. Dabei setzt die Arbeitsgruppe exemplarisch für wesentliche politische Konfliktfälle zeitliche Schwerpunkte. Das Archivalienstudium wurde von uns bereits und soll weiter durch lebensgeschichtlich angelegte Interviews ergänzt werden. Durch diese Interviews mit Journalisten, Künstlern, ehemaligen Leitungskadern und Parteifunktionären aus den für Agitation und Propaganda zuständigen SED-Apparaten sollen die der Ideologie zugewiesenen Aufgaben in der Medien-, Kultur- und Personalpolitik weiter erhellt werden. Zusammenfassend besteht also der besondere Wert dieser Arbeit darin, über Rehabilitierungen hinausgehend mit Hilfe von Dokumenten und Zeitzeugen Strukturen aufzuarbeiten und damit eine Analyse des Systems der Vermittlung des Herrschaftsdenkens als gesellschaftliches Bewußtsein abzugeben. Bisher fehlt es der Arbeitsgruppe jedoch an jeglicher gesellschaftlicher Anerkennung und Unterstützung des Projektes. Die Arbeitsgruppe, die bis 1991 vom Funkhaus Nalepastraße gestützt wurde, besteht seit Januar nur noch als eine freiwillige Arbeitsgemeinschaft von „Idealisten“, so muß man es wohl beschreiben. Meine sieben Mitstreiter und ich engagieren sich ohne eine finanzielle Entschädigung, allein der Sache wegen, bislang noch. Dringend benötigte Arbeitsmittel wie Kopierer, Computer, Diktiergeräte, Kassetten, Disketten usw. stehen nicht zur Verfügung. Die Interviews müssen mühsam selbst transkribiert werden, weil Honorargelder fehlen. Zu befürchten ist, daß ohne finanzielle und materielle Förderung des Projektes unsere Forschungsarbeit vorzeitig und ohne Abschluß abgebrochen werden muß. Daher ist es uns wichtig, von Ihnen zu erfahren, ob über eine mögliche Arbeitsvereinbarung mit der Enquete-Kommission des Bundestags der Fortbestand der von mir vorgestellten zwei Initiativgruppen zu sichern wäre.

Umweltbibliothek Berlin – Domaschk-Archiv –: Die Umweltbibliothek ist eine Gruppe, die auch schon länger besteht. Ich möchte deshalb kurz in die vergangenen Jahre ausholen. Die Umweltbibliothek Berlin wurde 1986 in den Kellerräumen der Zionskirchgemeinde bei Pfarrer Simon im Rahmen der damaligen Möglichkeiten in der DDR als Gruppe innerhalb der Evangelischen Kirche gegründet. Im Juli 1990 wurde sie als Verein eingetragen. Der Trägerkreis der Umweltbibliothek, der Friedens- und Umweltkreis, bestehend seit 1983, hat es von Anfang an als sein Anliegen gesehen, die Zusammenhänge zwischen Ausbeutung der Umwelt, Ausbeutung im eigenen Land und Ausbeutung der Dritten Welt zu erarbeiten und öffentlich darzustellen. In diesem Zusammenhang und zu diesem Zweck entstand auch 1986 die Bibliothek, die eine intensivere Art von Öffentlichkeitsarbeit ermöglichen sollte. Ebenso seit 1986

wurden illegal als Sprachrohr des Kreises die „Umweltblätter“ herausgegeben. In der Galerie der Umweltbibliothek konnten staatlich unterdrückte Künstler ausstellen, fanden neben dem normalen Cafébetrieb unter anderem Vorträge, Seminare und Filmveranstaltungen statt. Eine Arbeitsgruppe beschäftigte sich z. B. mit den Restmülldeponien im Berliner Raum. Nachdem die Staatssicherheit im November 1987 mit einem mißlungenen Überfall unfreiwillig einen Reklamefeldzug für die Umweltbibliothek durchgeführt hatte, galt unsere Gruppe für weite Kreise der DDR-Bevölkerung als moralische Instanz. Eine entsprechende Verbreitung fanden die Umweltblätter, deren Auflage nur technisch begrenzt war. Die verschiedenen Arbeitsgruppen und Hilfsmittel der Umweltbibliothek standen allen Basisgruppen der DDR zur Verfügung und wurden auch stark in Anspruch genommen. So wurden die meisten Broschüren und Flugblätter, die vor der Wende in der DDR erschienen, bei uns geschrieben und gedruckt.

Diese Stellung hat sich seit der Maueröffnung und der neueren politischen Entwicklung natürlich stark relativiert. Die Auflage unseres Informationsblattes, jetzt unter dem Namen „telegraph“, sank von technisch bedingten 8.000 auf 1.700 Exemplare. Die Aufarbeitung der DDR-Oppositionsgeschichte, die Auswirkung der SED-Diktatur mit ihrem weit verflochtenen Netz der Staatssicherheit, dessen tragisches und tiefgreifendes Erbe meines Erachtens die Zerstörung der menschlichen Beziehung ist, nimmt in unserer Zeitschrift „telegraph“ einen breiten Raum ein. Das heißt für uns auch, den Geschehnissen den Stellenwert einzuräumen, den die Menschen ihnen nach ihrem eigenen Empfinden beigemessen haben, z. B. wenn ich selbst im Knast gesessen habe oder hätte, dann kann auch nicht eine andere Version darüber befinden, wie es mir dabei ergangen ist. Es darf nicht in Vergessenheit geraten, wie prägend die Macht eines Geheimdienstes auf die gesamte Lebens- und Umgehensweise der Menschen untereinander sein kann. Wir haben in unserem Heft u. a. auch mehrfach Gespräche zwischen hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeitern abgedruckt, auch zwischen Vernehmern und den ehemals Oppositionellen, die sich damals im Stasiknast befanden.

Die bisherige Aufgabe im Widerstand gegen das staatliche Informationsmonopol hatte sich erledigt. In der wiedervereinigten Stadt Berlin steht unter den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen den Lesern eine Fülle von Spezialbibliotheken zu all den Themen zur Verfügung, zu denen die Umweltbibliothek in der DDR bisher allgemeine Information lieferte. Als sich abzeichnete, daß das gesamte Stasiaktenmaterial nach Koblenz abtransportiert und ganz oder teilweise die Geschichtsaufarbeitung unterbunden werden sollte, wurde uns deutlich, daß wir uns selbst dieser Problematik annehmen müssen. Im September 1990 fand neben der Besetzung von Räumen der Berliner Stasizentrale vor dem Gebäude eine mehrwöchige Mahnwache statt. Die Mitglieder der Umweltbibliothek hatten daran erheblichen Anteil. Das Ergebnis dieser

Mahnwache, an der sich auch andere Städte beteiligten, sind der Verbleib der Akten auf dem DDR-Gebiet und die Einrichtung der Gauckbehörde sowie die Mitarbeit am Stasiunterlagengesetz.

Für uns ergab sich daraus die weiterführende Konsequenz der Sammlung, Veröffentlichung und Aufarbeitung von Staatssicherheitsmaterial, aus dem dann später das Matthias-Domaschk-Archiv im Jahr 1990 entstand. Dennoch ist die Zusammenarbeit mit der Gauckbehörde nicht zufriedenstellend. An die Gauckbehörde wurden mehrere Forschungsanträge gestellt. Ein Forschungsauftrag zur Umweltbibliothek lief jetzt an. Nach Herausgabe der „telegraph“-Sondernummer zu Gregor Gysi wurde ein Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen uns eröffnet seitens der Behörden. In unserem Antwortschreiben wiesen wir darauf hin, daß die Gauckbehörde erst auf Grund eines harten Kampfes von Besetzern und Mahnwächterinnen im September und Oktober 1990 eingerichtet wurde und demzufolge jener Herr, der uns des Verstoßes gegen das Stasiunterlagengesetz bezichtigt, erst seine Arbeitsstelle erhielt. Außerdem sind wir nicht bereit, dieser Behörde die alleinige Vorherrschaft auf den Besitz und damit verbundenen Kenntnisstand der Stasiakten einzuräumen. Wer diesen Briefwechsel nachlesen möchte, draußen liegen die „telegraph“-Hefte. Es ist Nummer 7, es ist darin enthalten das Schreiben der Gauckbehörde wie auch unser Antwortschreiben.

Auf die Frage nach der Zielgruppe gibt es wohl keine befriedigende Antwort, sicher wohl auch keine erwartete, dafür aber eine ehrliche. Die primäre Zielgruppe sind wir selbst. Wer, wenn nicht wir als Selbstbetroffene, würde mit solch einer Zielstrebigkeit, Ausdauer und nahezu pathologischer Beharrlichkeit sich mit stundenlangem Aktenstudium befassen, sich mühsam durcharbeiten durch Abkürzungen und teilweise unverständliche Formulierungen. Wer, wenn nicht wir als Betroffene, Entrechtete und Gedeemütigte, hat wochenlang in kalten Nächten und feuchten Zelten zugebracht, zwanzig Zentimeter über dem Straßenpflaster, um den Verbleib der Stasiakten zu sichern mit der Forderung, die Akten gehören uns. Wir suchen in den Akten unsere Vergangenheit, unser Schicksal, rekonstruieren unseren Lebenslauf und suchen nach den vermeintlichen Mitstreitern, die sich als Verräter herausstellten. Darin erschöpft sich unser Anliegen jedoch nicht. Um Einblick in die Arbeitsweise und Zielstellung eines Geheimdienstes zu erlangen, müssen zwangsläufig Materialien zusammengetragen und ausgewertet werden. Es stellt sich jedoch die Frage, wozu werden Akten gesammelt und dokumentiert, Gelder erbettelt, Räume von eigenem schmalen Einkommen finanziert, wenn es für die meisten Täter keine Konsequenzen gibt. Welche Konsequenzen werden auf staatlicher Entscheidungsebene daraus gezogen?

Die einflußreichsten Machthaber bleiben unberührt oder werden mit lächerlichen Strafen versehen bzw. für längst vergangene Sachverhalte bestraft. Für den Verfassungsschutz wird ein neues Verfassungsschutzgesetz vorgestellt, das

die Möglichkeiten der Bespitzelung ausdehnt. Kriegsdienst- und Totalverweigerer werden strafrechtlich verfolgt. Der kalte Krieg wurde in Deutschland beendet, und dafür wurde ein heißer Krieg im Nahen Osten unterstützt. Mein Mitarbeiter, rechts neben mir, wird noch kurz etwas zu den Projekten innerhalb der Umweltbibliothek sagen.

Ich will nur kurz sagen, was eigentlich unsere Besucher oder die Interessierten bei uns nutzen können. Das sind also verschiedene Archive, das Oppositionsarchiv. Da verfügen wir über vielleicht das umfangreichste Archiv von Flugblättern, Informationsschriften, also diese Sammelsatzsachen, die sicherlich auch in anderen Archiven gesammelt werden. Da gibt es auch eine beginnende Zusammenarbeit. Dann ein Zeitungsartikelarchiv. Auch hier läuft sicherlich manches parallel mit ASTAK usw., aber wir haben dann auch zu inhaltlichen Schwerpunkten aktuelle Zeitungsausschnitte gesammelt. Ein Videoarchiv. Da können wir auch Leihgaben der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit in Berlin anbieten, Fernsehmitschnitte und Aufzeichnungen auch von Oppositionsveranstaltungen, z. B. dieser Kirchentag von unten 1987, die vor '89 liefen.

Zur Person Matthias Domaschk, ist vielleicht nicht so bekannt. Das ist auch ein Freund von mir gewesen. Ich habe in Jena gewohnt, und er ist bei der Staatssicherheit ums Leben gekommen. Er ist also ein exemplarischer Fall. Er hat damals bei der Oppositionsbewegung mitgearbeitet, und deswegen haben wir seinen Namen angenommen.

Und das ist das eigentliche Archiv mit den Stasiunterlagen. Da haben wir also Dienstanweisungen, Richtlinien, Propagandamaterial, Hinweise über MfS-Struktur, Schulungsmaterial, also diese Geschichten, die da in den Müllcontainern rumlagen, Befehle, IM-Berichte teilweise usw. Mit Zustimmung der Betroffenen sammeln wir jetzt auch die Akten, die Betroffene jetzt schon selbst bei der Gauckbehörde einsehen und kopieren konnten. Dieses Archiv ist an zwei Tagen in der Woche auch für Besucher geöffnet. Ferner stehen eine Bibliothek mit Fachliteratur, auch über Faschismus und Antisemitismus, sowie ein Vereinscafé zur Verfügung.

Zu den angefragten Problemen: Während die für die Repression in der DDR Verantwortlichen und Funktionierenden weiterhin in ihren Villen mit Seeblick wohnen, steht uns bereits wieder das Wasser bis zum Hals. Noch halten wir uns mittels ein paar ABM-Stellen über Wasser, sporadisch erhalten wir Spenden, z. B. auch von Bundestagsabgeordneten, manche sitzen hier, die von ihren Diäten etwas abgegeben haben. Es hilft schon weiter. Wir schreiben Bettelbriefe, aber unsere finanzielle Situation ist denkbar schlecht. Monatlich betragen die laufenden Kosten etwa 4.000,- DM. Davon sind allein 2.000,- DM für Miete, die bekanntlich noch steigen wird. Der „telegraph“ steht in den roten Zahlen. Ein Rückzug in den Keller scheint bereits unausweichlich. Abgaben aus dem eigenen Einkommen nehmen wir dann noch

zur Finanzierung, also jeder gibt ungefähr 100,- DM noch rein, von seinem eigenen Einkommen, so vorhanden. Wir haben es zwar geschafft, auch ohne ABM-Stellen und ohne Außenfinanzierung, das Projekt Umweltbibliothek aufrechtzuerhalten, aber auch jetzt, nachdem seit 1. Juli ABM-Stellen vom Arbeitsamt bewilligt wurden, ergeben sich neue Schwierigkeiten. Wir haben z. B. keine Zahlungen erhalten seit dem 1. Juli, aber das Problem betrifft auch verschiedene andere Träger. Das ist also ein spezielles Berliner Problem dort. Und es kommt dann dazu, nebenbei ergibt sich der Effekt, daß auch einige unserer Mitglieder ausschließlich mit bürokratischen Verwaltungsaufgaben beschäftigt sind und damit zumindest zeitweise der inhaltlichen Projektarbeit verlorengelassen.

Unser Problem ist wie bei den anderen, daß eine Minimalfinanzierung nur eben reicht, den Betrieb aufrecht zu erhalten. Eine ganze Menge mehr wäre möglich. Neue Bücher müßten gekauft werden, Materialien, Arbeitsgeräte usw. Eigentlich könnte auch unser Projekt nur durch eine rege Finanzierung überleben. Das wäre hier auch unser wichtigstes Anliegen, da nachzufragen, wie kann die Enquete-Kommission das anschieben oder direkt tragen, wie auch immer.

Da kam etwas vom Dachverband. Das würde uns nicht so gefallen. Ich finde es ganz wichtig, daß die Autonomie der Projekte erhalten bleibt. Eine Zusammenarbeit gibt es. Mit Bürgerkomitees treffen wir uns, und natürlich müssen wir uns abstimmen, daß wir kompatible Datenbanksysteme verwenden. Daß vielleicht auch bei uns drin steht, gut, die und die Bücher stehen in Magdeburg, wenn ein Benutzer kommt, daß man da auch verweisen kann. Das wäre der Idealzustand, aber dazu braucht es Gelder, braucht es auch Qualifizierungsmöglichkeiten. Wir haben das ja alle uns selber irgendwie angeeignet. Die anderen hier auch alle, die hier sitzen.

Unabhängiger Verein zur historischen, politischen und juristischen Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit, Herr Schlanert: Mein Name ist Schlanert. Ich gehöre diesem Verein an. Der Verein hat seinen Sitz in Rostock. Ich bedanke mich, daß ich hier unsere Initiative heute kurz vortragen kann. Viele Dinge sind bereits gesagt, daher möchte ich gleich überleiten in die Schwerpunkte dieses Vereins. Der Verein hat sich zum Ziel genommen, die Berufsverbotspraxis an dem Bereich „Flotte“ in Rostock zu verfolgen. So ein Verein wächst ja mit denen, die ihn gründen, und daher werden auch die Themen bestimmt. Das zweite ist Enteignung, Zwangsverkäufe und die ganzen Grauzonen davor und danach. So gehöre ich z. B. selbst dazu; die Aktion „Rose“ zählt zu meinem Familienschicksal. Soweit ich inzwischen erfahren habe, hat es einen Modellfall vorweg gegeben, der hieß Aktion „Oberhof“. Daraus habe ich Kontakte entwickelt zu anderen, die scheinbar ähnliche Dinge erlitten, die man vorher nicht kannte. Dann werden weiterhin als dritter